

Die Antwort der Europäischen Union in einer Krisensituation: Der Green Deal

Bianca-Ecaterina ȚUCUREANU

Akademie für Wirtschaftsstudien in Bukarest, Rumänien

tucureanubianca22@stud.ase.ro

Timea BOBOC-DARVAS

Akademie für Wirtschaftsstudien in Bukarest, Rumänien

bobocdarvastimea22@stud.ase.ro

Briana-Alexia CĂLINESCU

Akademie für Wirtschaftsstudien in Bukarest, Rumänien

calinescubriana22@stud.ase.ro

Abstrakt:

Das Papier untersucht den Übergang zu einer grünen Wirtschaft, mit besonderem Augenmerk auf die Auswirkungen des Europäischen Green Deals im Kontext wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen und die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Bewältigung von Wirtschafts- und Umweltkrisen. Die Studie untersucht im Detail die Beziehung zwischen diesem Übergang und der Anpassung des Arbeitsmarktes sowie die zur Unterstützung eines nachhaltigen Wandels erforderlichen Investitionen in Technologien. Obwohl bei der Entwicklung grüner Industrien erhebliche Fortschritte erzielt wurden, gibt es noch Fragen, die wirksamere Ansätze erfordern, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Arbeitnehmern in traditionellen Sektoren, was den Bedarf an weiterer Forschung unterstreicht.

Aus der Fachliteratur geht hervor, dass sich die vorhandenen Studien weitgehend auf die technologischen und industriellen Auswirkungen des grünen Übergangs konzentriert haben. Die Forschung über die Anpassung der Arbeitskräfte und die Bildungspolitik zur Unterstützung dieses Wandels ist jedoch unzureichend. In dem Papier werden die politischen Maßnahmen der Europäischen Union analysiert und Beispiele für bewährte Verfahren in den im Übergang befindlichen Branchen untersucht, um Lösungen für einen fairen und effizienten grünen Übergang vorzuschlagen.

Die Ergebnisse legen nahe, dass erhebliche Investitionen in Bildung, Ausbildung und grüne Technologien für einen erfolgreichen Übergang von grundlegender Bedeutung sind. Gleichzeitig spielen die Finanzinstrumente der Europäischen Union, wie der Just Transition Fund und InvestEU, eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung dieses Prozesses. Das Papier leistet einen wichtigen Beitrag zur Identifizierung von Lücken in der Forschung zur Arbeitsanpassung und schlägt Lösungen zur Verbesserung der öffentlichen Politik vor, um so eine Richtschnur für zukünftige Forschung und politische Entscheidungen zu geben.

Damit unterstreicht die Studie, wie wichtig die Abstimmung zwischen Bildungs- und Wirtschaftspolitik für die Erreichung einer nachhaltigen grünen Wirtschaft ist, und leistet einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung des Verständnisses des grünen Übergangs und seiner Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Stichwörter: Europäischer Green Deal, Umweltkrise, nachhaltige Wirtschaft, grüne Wirtschaft, grüner Wandel, Bildungspolitik, Arbeitsmarkt, grüne Investitionen, grüne Technologien.

1. Einführung

Die derzeitige Phase des tiefgreifenden Wandels, die durch wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen gekennzeichnet ist, erfordert rasche und wirksame politische Antworten. Angesichts großer Herausforderungen wie Klimawandel, Energieabhängigkeit und wirtschaftlicher Instabilität hat die Europäische Union den Green Deal als strategischen Rahmen konzipiert, um den Übergang zu einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Wirtschaft

zu erleichtern. In diesem Papier mit dem Titel „Die Antwort der Europäischen Union in einer Krisensituation“: Der Green Deal wird analysiert, wie diese Initiative nicht nur eine Antwort auf die Krise ist, sondern auch ein Beispiel für visionäre Führungsstärke, das die Fähigkeit der EU unter Beweis stellt, den globalen Wandel durch ehrgeizige politische Maßnahmen und strategische Visionen zu steuern.

Im Mittelpunkt des Green Deal steht auch das Konzept, in Zeiten des Umbruchs den Wandel anzuführen, da seine Umsetzung einen grundlegenden Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Industrie sowie innovative politische Maßnahmen erfordert. Die Europäische Union reagiert nicht nur auf eine Krise, sondern übernimmt durch die Förderung eines zirkulären und nachhaltigen Wirtschaftsmodells eine globale Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel. Die im Green Deal enthaltenen Reformen unterstreichen die Notwendigkeit einer proaktiven Führung, die in der Lage ist, den beschleunigten Wandel zu bewältigen und die Bedingungen für einen gerechten und ausgewogenen Übergang zu schaffen. Zu diesem Zweck hat die Europäische Union legislative und finanzielle Instrumente wie den Just Transition Fund und die EU-Taxonomie eingeführt, um sowohl Unternehmen als auch Mitgliedstaaten bei der Einführung nachhaltiger Lösungen zu unterstützen. Auf diese Weise fördert die EU nicht nur die Innovation und die Entwicklung grüner Technologien, sondern sorgt auch für den Schutz der von diesem Wandel betroffenen schwachen Gruppen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass der Green Deal vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und der geopolitischen Konflikte, die die wirtschaftliche und energiepolitische Unsicherheit verschärft haben, zu einer zentralen Säule des europäischen Aufschwungs geworden ist. Durch seine Integration in die Wirtschaftspakete nach der Pandemie hat die EU gezeigt, dass Nachhaltigkeit und Wachstum auch unter Krisenbedingungen Hand in Hand gehen können. Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und grüne Infrastruktur verringern nicht nur die Umweltauswirkungen, sondern schaffen auch Arbeitsplätze und stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU.

In diesem Papier werden die vielen Ideen des Grünen Deals eingehend analysiert, von Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen und zur Entwicklung erneuerbarer Energien bis hin zu den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des grünen Übergangs. Auf den folgenden Seiten werden die Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung dieses Prozesses, der wichtigste Rechtsrahmen und die größten Herausforderungen für die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele des Europäischen Grünen Deals untersucht.

Der Grüne Deal ist also nicht nur eine Strategie zur Krisenbewältigung, sondern ein herausragendes Beispiel für eine anpassungsfähige Führungsrolle, die in der Lage ist, die großen Veränderungen, die die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas prägen, zu antizipieren und zu bewältigen. Mit dieser weitreichenden Initiative zeigt die EU, dass Zeiten des Umbruchs durch eine klare Vision, starke internationale Partnerschaften und ein festes Bekenntnis zu langfristigen Nachhaltigkeitszielen wirksam bewältigt werden können.

2. Beschreibung des Europäischen Grünen Pakts

2.1. Eine kurze Geschichte des Grünen Pakts (Hintergrund)

Umweltschutz ist ein Ziel von großem öffentlichem Interesse, was sowohl an der Popularität des Themas als auch an der bestehenden gesetzlichen Regelung des Umweltrechts und darüber hinaus deutlich zu erkennen ist.

Was jedoch die Aktualität des Themas betrifft, so kann man sagen, dass das Thema erst in jüngerer Zeit ernsthaft aufgegriffen wurde, nämlich 1972 auf der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm. Auf dieser Konferenz wurde das Thema der Umweltkrise zum ersten Mal angesprochen und die Ernsthaftigkeit der Umweltprobleme anerkannt, die

sowohl mit dem Wohlstand an sich als auch mit den wirtschaftlichen Prozessen im Allgemeinen eng verbunden sind.

Seit dieser ersten Konferenz wurden zahlreiche weitere Veranstaltungen dieser Art organisiert, die die Grundlage für die Entwicklung des Umweltrechts bildeten. Eine der wichtigsten dieser Veranstaltungen war die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und nachhaltige Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand. Auf dieser Konferenz wurden zahlreiche Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltzerstörung entwickelt und verabschiedet. Zu diesen Dokumenten gehören die Grundsatzerklärung, die auch als Erdcharta bekannt ist, die Rio-Erklärung, die die Stockholmer Erklärung harmonisch ergänzt, die Agenda 21, das Übereinkommen über den Klimawandel und andere Dokumente dieser Art, die eine wichtige Rechtsgrundlage für das Umweltrecht geschaffen haben. So wurden beispielsweise Grundsätze wie das Verursacherprinzip, das vor allem im wirtschaftlichen Bereich von Bedeutung ist, im Rahmen dieser Veranstaltung verabschiedet.

Mit der Verabschiedung internationaler Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung in nationales Recht wurde eine einschlägige Rechtsgrundlage geschaffen, die eine Vielzahl von Bereichen abdeckt, da das Umweltrecht horizontal angelegt ist und alle Tätigkeitsbereiche bei der Ausarbeitung gesetzlicher Regelungen berücksichtigt werden. Da es sich jedoch um eine relativ neue Gesetzgebung mit präventiven Aspekten handelt, wurde eine Vielzahl von Themen nicht von Anfang an abgedeckt, was erwartungsgemäß zur Entstehung mehrerer Rechtsakte führte, die je nach den sich später ergebenden Gegebenheiten verabschiedet wurden. Ein solcher Rechtsakt ist der Europäische Grüne Pakt, ein Dokument, das von der Europäischen Kommission im Dezember 2019 unter der Leitung von Ursula von der Leyen angenommen wurde. Diese Strategie wurde im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, aber auch aufgrund des alarmierenden Anstiegs der globalen Temperaturen und der zunehmenden Häufigkeit extremer Wetterereignisse verabschiedet.

Der Europäische Green Deal ist ein ehrgeiziges Versprechen der Europäischen Union zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf Ebene der Mitgliedstaaten. Der Plan sieht vor, dass Europa der erste Kontinent wird, der klimaneutral wird, wobei das Jahr 2050 als Referenzjahr gilt.

Um die Entscheidungen und Strategien im Bereich des Umweltrechts besser verstehen zu können, ist es wichtig, die Phänomene zu verstehen, die diesen Entscheidungen zugrunde liegen, die massive Auswirkungen auf mehrere Bereiche, einschließlich der Wirtschaft, haben. Zu den zu definierenden Begriffen gehören daher auch die Treibhausgase, ein Begriff, der im Europäischen Grünen Pakt häufig verwendet wird, und die Reduzierung dieses Phänomens wird in der Strategie als vorrangig angesehen.

In einem vom Europäischen Parlament veröffentlichten Artikel über den Klimawandel werden Treibhausgase als jene Gase definiert, die die von der Erdoberfläche reflektierte Sonnenwärme absorbieren, sie in der Atmosphäre einfangen und daran hindern, ins Weltall zu gelangen. Der Treibhauseffekt hält die Temperatur auf der Erde auf einem akzeptablen Niveau und unterstützt das Leben auf der Erde, aber ein Zuviel davon kann das Erdklima verändern und zu extremen Klimaveränderungen führen. Als natürliches Phänomen, das für die Erhaltung des Lebens auf der Erde von entscheidender Bedeutung ist, hat der Treibhauseffekt infolge der zunehmenden Umweltverschmutzung durch den Menschen, insbesondere in den letzten 100 Jahren, mit Ereignissen wie zunehmender Industrialisierung, Kriegen, nuklearen Unfällen, Pandemien usw., Auswirkungen gezeigt.

Nach Angaben des Copernicus-Dienstes der Europäischen Union zum Klimawandel hat sich der Planet seit der vorindustriellen Zeit um 1,6 Grad Celsius erwärmt, ein Anstieg, der nach Schätzungen von Experten drei Jahre dauern wird. Außerdem wurden erhebliche

Temperaturanstiege verzeichnet, insbesondere im Oktober und November 2024 (+1,58 Grad Celsius und +1,78 Grad Celsius). Im Jahr 2024 gab es auch den wärmsten Tag in der jüngeren Geschichte: Der 21. Juli 2024 wurde zum wärmsten Tag“ der Weltgeschichte. In einer Erklärung des Copernicus Climate Change Service der Europäischen Union (EU) heißt es, dass am Sonntag, dem 21. Juli, die durchschnittliche globale Lufttemperatur 17,09 Grad Celsius erreichte.

Angesichts dieser besorgniserregenden Daten und der Vorhersagen einer Verschärfung dieses Phänomens ist klar, dass Maßnahmen zu seiner Verlangsamung absolut notwendig sind, weshalb Strategien wie der Europäische Grüne Pakt verabschiedet werden müssen.

Im Zusammenhang mit dem Auftreten des COVID-19-Virus haben die Menschen zudem begonnen, sich zunehmend über Themen wie globale Erwärmung und Umweltverschmutzung zu informieren, wobei der Zugang zu einem gesunden Lebensumfeld sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu einer geregelten Priorität wird.

Vor diesem Hintergrund spiegelt das Strategiedokument die dringende Erkenntnis wider, dass die Klima- und Umweltherausforderungen angegangen werden müssen, und baut auf internationalen Vereinbarungen wie dem Pariser Abkommen von 2015 auf.

Als allgemeine Beschreibung könnte man sagen, dass der Green Deal wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte integriert und betont, dass der Übergang zu einer grünen Wirtschaft nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine Chance für nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist.

2.2 Strategische Ziele und europäische Relevanz

Der Europäische Grüne Deal legt eine Reihe miteinander verbundener strategischer Ziele fest, um den Übergang zur Nachhaltigkeit zu unterstützen. Das Hauptziel ist die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050, was eine massive Verringerung der Treibhausgasemissionen und eine effizientere Nutzung der natürlichen Ressourcen voraussetzt. Außerdem soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt, neue Arbeitsplätze geschaffen und das Wohlergehen der Menschen verbessert werden.

Der Europäische Grüne Deal umfasst drei Hauptziele: Klimaneutralität bis 2050, mit dem Ziel, der erste Kontinent der Welt mit Netto-Null-Emissionen zu werden. Die Schaffung eines neuen nachhaltigen Wirtschaftsmodells, wobei in der Strategie mehrfach auf Begriffe wie „grüne Wirtschaft“ oder „Kreislaufwirtschaft“ Bezug genommen wird, die sich auf ein nachhaltiges, umweltfreundliches Wirtschaftswachstum durch die effiziente Nutzung der verfügbaren natürlichen Ressourcen beziehen. „Just Transition“ oder ‚Gerechter Übergang‘ ist das Ziel, das darauf abzielt, die Risiken in Bezug auf die Auswirkungen der Verabschiedung solcher legislativen Maßnahmen auf die Wirtschaft zu minimieren, indem Regionen und Industrien unterstützt werden, die aufgrund neuer Vorschriften wirtschaftliche Verluste erleiden werden.

Diese Ziele bilden die Grundlage des Europäischen Grünen Pakts und werden durch eine Reihe legislativer und finanzieller Maßnahmen unterstützt, wie z. B. den Europäischen Klimagesetzentwurf, das Gesetzespaket „Fit for 55“, Übergangsfonds usw.

2.3 Die wichtigsten Grundsätze des Europäischen Grünen Deals

Auf der Grundlage der beschriebenen Ziele skizziert der Europäische Grüne Pakt eine Reihe von Prinzipien, die seine Strategien und Reformen untermauern, um die Ergebnisse zu maximieren.

Zu diesen Grundsätzen gehören: Klimaneutralität bis 2050; Verringerung der Treibhausgasemissionen um 55 Prozent bis 2030; Kreislaufwirtschaft und Verringerung der Umweltverschmutzung; Schutz der biologischen Vielfalt und Ökologisierung der Landwirtschaft.

In Bezug auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen schlägt der Europäische Grüne Deal zwei Referenzzeiträume vor: 2030 und 2050. Die Strategie sieht vor, die Nettoemissionen bis 2030 um mindestens 55 % (im Vergleich zu 1990) zu senken, wobei 2050 als das Jahr gilt, in dem die Klimaneutralität erreicht wird.

Wie der Europäische Rat in Artikeln auf seiner offiziellen Website erläutert, bezieht sich der Begriff Klimaneutralität sowohl auf die Reduzierung von Treibhausgasen als auch auf die Kompensation der verbleibenden Emissionen, um ein Gleichgewicht zu erreichen. Dieses Gleichgewicht kann erreicht werden, wenn die in die Atmosphäre freigesetzten Treibhausgase neutralisiert werden. Dies kann durch Kohlenstoffabscheidung geschehen, d. h. durch die Entfernung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre, oder durch Ausgleichsmaßnahmen, die in der Regel die Unterstützung von klimabezogenen Projekten beinhalten.

Das Europäische Parlament definiert in einem auf seiner offiziellen Website veröffentlichten Artikel die Kreislaufwirtschaft als „ein Produktions- und Konsummodell, das die gemeinsame Nutzung, Vermietung, Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung und das Recycling bestehender Materialien und Produkte über einen möglichst langen Zeitraum beinhaltet“. In der Praxis zielt die Kreislaufwirtschaft darauf ab, die Abfallmenge zu minimieren, indem die Lebensdauer von Produkten verlängert und der übermäßige Verbrauch bekämpft wird.

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist ein weiteres Ziel, das durch den Europäischen Grünen Pakt gefördert wird. Die Europäische Union hat erkannt, dass der Verlust der biologischen Vielfalt eine große Bedrohung für die Nachhaltigkeit darstellt. Daher enthält die Biodiversitätsstrategie 2030 Ziele wie die Schaffung von Naturschutzgebieten und die Begrünung von städtischen Gebieten. Als einer der wichtigsten Bereiche spielt die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle, wobei die Förderung landwirtschaftlicher Praktiken und die Reduzierung des Pestizideinsatzes wichtige Punkte der Strategie sind. Darüber hinaus ist die Unterstützung lokaler Erzeuger ein Element, das insbesondere durch den Europäischen Grünen Pakt stark gefördert wird, und es gibt zahlreiche Mittel zur Unterstützung dieser Wirtschaftsakteure.

Zu den vom Europäischen Grünen Pakt vorgeschlagenen Maßnahmen gehören: Investitionen in umweltfreundliche Technologien, Unterstützung von Innovationen, Entwicklung umweltfreundlicherer Verkehrsmittel, Dekarbonisierung des Energiesektors, internationale Zusammenarbeit zur Verbesserung der Standards in der Welt.

Das auf EU-Ebene verabschiedete Klimagesetz, das Teil des Europäischen Grünen Pakts ist, verankert das Ziel für 2050 in der europäischen Gesetzgebung.

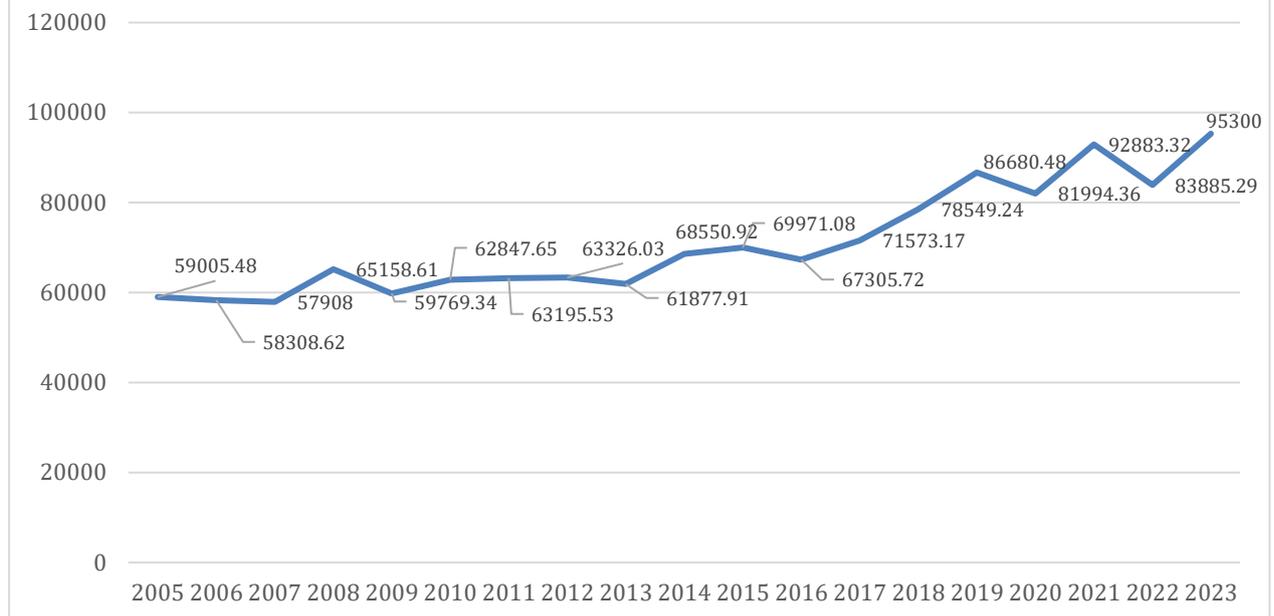
Auf Haushaltsebene hat die Europäische Union beschlossen, 20 Prozent ihres Haushalts für die Finanzierung von Umweltinitiativen für den Zeitraum 2014-2020 bereitzustellen, wobei dieser Prozentsatz für den Zeitraum 2021-2027 auf 30 Prozent erhöht werden soll (um zu überprüfen, ob der letzte Teil bereits umgesetzt wurde).

Im Vergleich zu anderen Regionen sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die größten Geldgeber für Klimaschutzinitiativen weltweit und werden im Jahr 2021 rund 23 Billionen Euro zur Verfügung stellen.

3. Der Green Deal als "Leading Change in Disruptive Times"

In Zeiten zunehmender Unsicherheiten durch Klimawandel, Energiekrisen und geopolitische Instabilität ist der europäische Green Deal ein Beispiel für transformativen Wandel in disruptiven Zeiten. Die folgenden Punkte unterstreichen seine Bedeutung:

Private Investitionen in die Minderung des Klimawandels, EU, 2005-2023 € Milliarden, kettenverlinkte Volumina

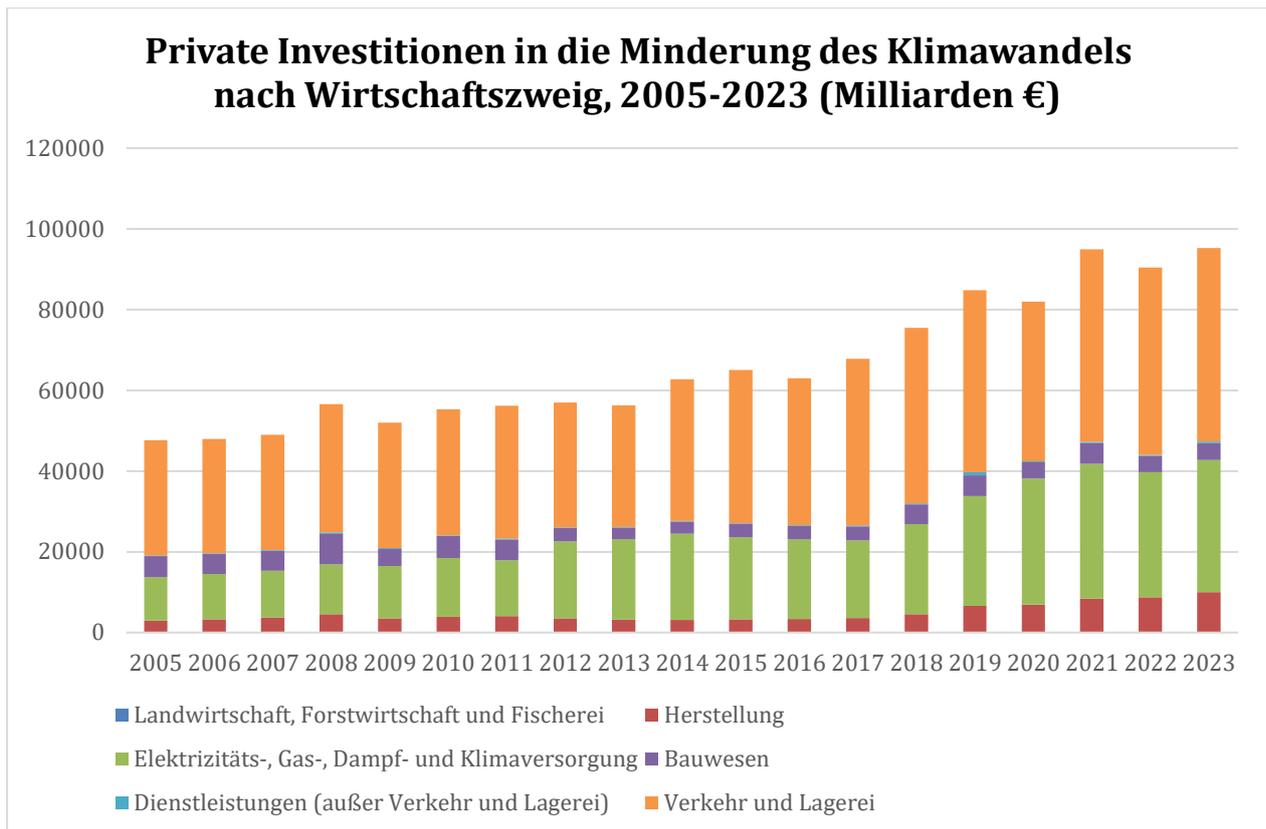


Quelle: Eurostat https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Investments_in_climate_change_mitigation

Laut Schätzungen von Eurostat hat die private Investition in die Minderung des Klimawandels in der EU seit 2005 insgesamt einen steigenden Trend verzeichnet. Im Jahr 2023 erreichte sie 95,3 Milliarden Euro (zu aktuellen Preisen), was 0,55% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU entspricht. Kettenlink-Daten, die einen zeitlichen Vergleich ermöglichen, indem der Effekt von Preisänderungen entfernt wird, sind bisher nur bis 2022 verfügbar. Sie zeigen einen Anstieg der privaten Investitionen im Bereich der Klimawandelminderung in der EU von 42% zwischen 2005 und 2022 (siehe Abbildung 1). Im Verhältnis zum BIP blieben die Investitionen zwischen 2005 und 2016 bei rund 0,5%. Danach stiegen sie und erreichten 2021 einen Höchstwert von 0,64% (Wechsel zur Einheit „% des BIP“ in Abbildung 1). 2022 und 2023 sanken die Investitionen auf 0,56% bzw. 0,55% des BIP.

Ein zentraler Aspekt des Green Deals ist die gezielte Umlenkung privater Investitionen in klimafreundliche Technologien. Dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung der Investitionsverteilung in der EU in den letzten zwei Jahrzehnten, die sich zunehmend auf nachhaltige Wirtschaftsbereiche konzentriert.

Daten und Grafiken



Quelle: Eurostat https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Investments_in_climate_change_mitigation

Im Jahr 2023 wurden rund 85 % der privaten Investitionen in der EU von zwei Wirtschaftssektoren getätigt: Transport & Lagerung sowie Elektrizitäts- und Gasversorgung. Der Sektor Transport & Lagerung hatte mit 50 % den größten Anteil an den Gesamtinvestitionen im privaten Sektor, gefolgt von der Elektrizitäts- und Gasversorgung mit 34 %. Nahezu alle Investitionen aus diesen beiden Sektoren fließen in niedrig-emissions Transporttechnologien und -dienstleistungen sowie in die Produktion, Übertragung und Speicherung erneuerbarer Energien.

Die Investitionsanteile dieser Sektoren haben sich über die letzten zwei Jahrzehnte signifikant verändert. Während der Anteil des Transport- und Lagerungssektors von 60 % im Jahr 2005 auf 50 % im Jahr 2023 sank, stieg der Anteil der Elektrizitäts- und Gasversorgung im selben Zeitraum von 23 % auf 34 %. Über den gesamten Zeitraum hinweg machten diese beiden Sektoren zwischen 80 % und 90 % der gesamten Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen in der EU aus.

Die Industrie verzeichnete einen moderaten, aber stetigen Zuwachs und erreichte 2023 einen Anteil von 11 % an den privaten Investitionen in den Klimaschutz. Diese Investitionen konzentrierten sich vor allem auf erneuerbare Energien, Energieeffizienztechnologien sowie Planungs-, Bau- und Installationsdienstleistungen. Der Bausektor verlor hingegen an relativer Bedeutung und machte im Jahr 2023 nur noch 4 % der Investitionen aus, wobei sich nahezu alle Investitionen dieses Sektors auf Planungs-, Bau- und Installationsdienstleistungen bezogen.

Diese Daten und Grafiken veranschaulichen, wie der Green Deal den Wandel in disruptiven Zeiten führt und nachhaltige wirtschaftliche sowie soziale Effekte erzeugt.

4. Auswirkungen des Grünen Pakts auf die Volkswirtschaften und das Unternehmensumfeld

4.1 Gesetzliche Änderungen und neue Umweltvorschriften

Da die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 das wichtigste strategische Ziel des Europäischen Grünen Pakts und zugleich das ehrgeizigste und anspruchsvollste Ziel ist, haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union eine Reihe von Verordnungen und Dokumenten verabschiedet, um eine solide Rechtsgrundlage zu schaffen, die die Ziele und Verantwortlichkeiten der Europäischen Union klar festlegt.

Zu diesen Verordnungen gehört die im Juni 2021 verabschiedete „Europäische Klimagesetzgebung“ (Verordnung (EU) 2021/1119), die das Ziel der Klimaneutralität bis 2021 als Verpflichtung der Europäischen Union festlegt. Um die Realisierbarkeit dieses Ziels zu messen, wurde in dieser Verordnung jedoch auch ein Zwischenziel festgelegt, nämlich eine Netto-Emissionsreduzierung bis 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990.

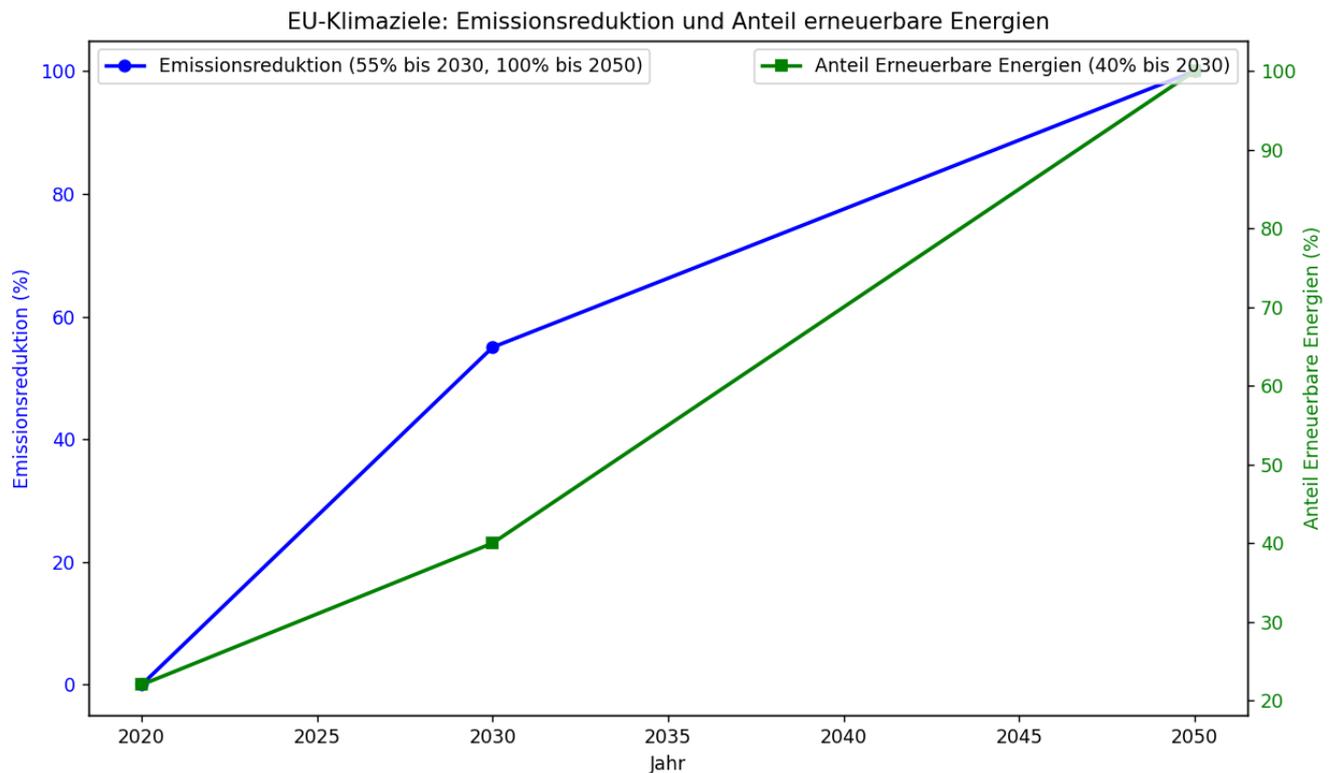
Bei diesen von der Europäischen Union übernommenen Verpflichtungen handelt es sich um tatsächliche Maßnahmen, die im Anschluss an die im Rahmen der Annahme des Pariser Abkommens im Jahr 2015 auf der von den Vereinten Nationen organisierten Konferenz eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt wurden, auf der sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf eine gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung des Klimawandels einigten. Die Unterzeichnung dieses internationalen Vertrags macht die Bekämpfung des Klimawandels zu einer rechtlichen Verpflichtung, weshalb strategische Dokumente wie der Europäische Grüne Pakt ausgearbeitet werden müssen.

Die Umsetzung solcher rechtlich verbindlichen Dokumente bedeutet sowohl auf europäischer Ebene als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten wichtige Gesetzesänderungen, die drastische Strukturreformen in zahlreichen Bereichen wie Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Industrie, Verkehr usw. erforderlich machen, Bereiche, die das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft beeinflussen.

Gerade weil Gesetzgebung und Wirtschaft miteinander verknüpft sind, wurde die Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über einen Rahmen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen angenommen, um das reibungslose Funktionieren beider Bereiche zu gewährleisten und gleichzeitig nachhaltige Praktiken zu fördern. Diese Verordnung führt einen neuen Rechtsrahmen ein, der die Verbindung zwischen Wirtschaft und Umwelt aufzeigt, indem er die Umweltauswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten definiert.

In diesem Dokument wurde eine Reihe von Kriterien festgelegt, anhand derer wirtschaftliche Tätigkeiten daraufhin geprüft werden, ob sie den wichtigsten Umweltzielen, die gefördert werden, zuwiderlaufen oder nicht. Laut der Verordnung handelt es sich dabei um folgende Ziele: Abschwächung des Klimawandels; Anpassung an den Klimawandel; nachhaltige Nutzung und Schutz der Wasser- und Meeresressourcen; Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft; Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung; Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme“. Das Ziel dieser Bewertung ist es, nachhaltige Investitionen auf das Ziel einer „grünen Wirtschaft“ auszurichten.

Um diese Leitlinien für die Kreislaufwirtschaft zu stärken, hat die Europäische Kommission am 21. April 2021 ein Maßnahmenpaket mit der Bezeichnung „Fit for 55“ verabschiedet, das darauf abzielt, Finanzströme auf nachhaltige Investitionen zu lenken. Das „Fit for 55“-Paket ist eine Reihe von Gesetzesreformen, deren Hauptziel es ist, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % gegenüber 1990 zu senken.



Quelle: selbsterstellt in Matplotlib

Die Maßnahmen des Pakets zielen darauf ab, die EU-Wirtschaft umzugestalten, indem Reformen in Schlüsselsektoren wie Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft durchgeführt, strengere Kohlenstoffemissionsstandards eingeführt und erneuerbare Energiequellen gefördert werden. Diese Ziele sind sowohl aus wirtschaftlicher Sicht relevant, da die Maßnahmen des Pakets große Veränderungen für die europäischen Unternehmen mit sich bringen, die ihre Geschäftsstrategien anpassen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und den neuen Anforderungen gerecht zu werden, als auch aus strategischer Sicht, da das Ziel darin besteht, die Abhängigkeit von externen Energiequellen zu verringern, und aus sozialer Sicht, da in den letzten Jahren immer mehr Arbeitsplätze in Bereichen geschaffen wurden, die mit Nachhaltigkeit zu tun haben.

Wie bereits erwähnt, hat das „Fit for 55“-Paket durch die vorgeschlagenen Reformen, die durch wichtige Änderungen in der Umweltpolitik untermauert werden, massive Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft. Die wichtigsten davon sind: die Überarbeitung des „Emissionshandelssystems“ (ETS), die Einführung des „Border Carbon Adjustment Mechanism“ (CBAM), höhere Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, strengere Vorschriften für den Verkehrssektor, die Einrichtung eines „sozialen Klimafonds“, usw.

Was den ersten und vielleicht wichtigsten Mechanismus betrifft, so ist das Emissionshandelssystem (ETS) der wichtigste Mechanismus, durch den die EU CO₂-Emissionskosten und Emissionsobergrenzen für verschiedene Wirtschaftszweige festlegt. Das 2005 eingeführte EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) hat in den letzten 20 Jahren unglaubliche Ergebnisse erzielt: In einigen der unter das System fallenden Sektoren wurden die Treibhausgasemissionen um mehr als 40 % reduziert. „Fit for 55“ schlägt vor, das ETS auszuweiten, um die Emissionen in anderen Sektoren zu reduzieren.

So enthält das neue Reformpaket ehrgeizige Vorschläge wie die Senkung der Emissionsobergrenzen und die schrittweise Abschaffung der kostenlosen Kohlenstoffzertifikate für den Luftverkehr. Außerdem werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Emissionen aus dem Straßenverkehr, dem Binnenschiffsverkehr, der Beheizung von

Wohnungen und Gebäuden, der Abfallwirtschaft, der Landwirtschaft usw. erheblich zu reduzieren.

Der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen und das Bestreben, die Abhängigkeit von Kohle als Primärenergiequelle zu beenden, ist beispielsweise ein klar definiertes Ziel des „Fit for 55“-Pakets, wobei das Jahr 2030 wiederum ein wichtiger Bezugszeitraum für das Erreichen des Ziels ist, 40 % der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

Darüber hinaus sind Reformen im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden erforderlich, mit Vorschriften zur Verringerung des Energieverbrauchs und zur Einsparung von Energie, die zur Beheizung von Gebäuden benötigt wird, indem insbesondere alte Gebäude so renoviert werden, dass sie den Energieeffizienzstandards entsprechen.

Der Verkehr ist ebenfalls ein stark regulierter Bereich des neuen Reformpakets, mit neuen Umweltstandards, insbesondere für Autos, mit folgenden Zielen: Förderung der Einführung sauberer Kraftstofftechnologien, Verringerung und schließlich Abschaffung der Verwendung fossiler Brennstoffe, Verringerung der CO₂-Emissionen von Autos und Lastwagen um 55 % bis 2030 und 100 % bis 2050 (im Vergleich zu 2021) usw.

Für europäische Unternehmen bedeuten diese Reformen zusätzliche Verpflichtungen in den betroffenen Sektoren. Sie müssen ihre Emissionen überwachen und gemäß der geltenden Gesetzgebung berichten. Darüber hinaus sind sie verpflichtet, entsprechende Emissionszertifikate zu erwerben.

Aus Kostensicht können diese neuen Verpflichtungen einerseits zu höheren Betriebskosten führen. Andererseits ergeben sich Investitionsmöglichkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung, die in den Erwerb nachhaltigerer und effizienterer Technologien münden können.

Dennoch ist offensichtlich, dass eine Kostensteigerung unvermeidlich ist, da Unternehmen solche Investitionen tätigen müssen, um potenzielle Sanktionen aufgrund von Nichteinhaltung zu vermeiden und gleichzeitig wettbewerbsfähig auf dem europäischen Markt zu bleiben.

Um Unternehmen bei der grünen Transformation zu unterstützen, hat die Europäische Union eine Reihe von Fördermitteln, Subventionen und europäischen Fonds speziell zu diesem Zweck bereitgestellt.

Ein weiteres Instrument des „Fit for 55“-Pakets ist die Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM = Carbon Border Adjustment Mechanism). Diese Regelung sieht die Einführung einer Abgabe auf Importe aus emissionsintensiven Sektoren vor, wie beispielsweise Strom, Düngemittel, Eisen und Stahl, Aluminium usw.

Ähnlich dem Emissionshandelssystem (ETS) der EU müssen Importeure innerhalb der Union CBAM-Zertifikate erwerben. Deren Preis entspricht den Kosten der ETS-Zertifikate, die europäische Unternehmen für vergleichbare Emissionen zahlen.

Die Umsetzung erfolgt schrittweise und umfasst zwei wichtige Phasen:

Übergangsphase (2023–2025): Während dieser Zeit müssen Importeure nur die mit ihren importierten Produkten verbundenen Emissionen melden, jedoch noch keine CBAM-Abgaben zahlen. Vollständige Phase (ab 2026): Ab 2026 müssen Importeure CBAM-Zertifikate erwerben, um die in ihren Produkten enthaltenen CO₂-Emissionen auszugleichen.

Ziel dieser Regelung ist es, eine Verlagerung der Produktion in Länder mit weniger strengen Emissionsvorschriften zu verhindern, europäische Unternehmen, die sich an Umweltstandards halten, vor unregulierter ausländischer Konkurrenz zu schützen und die weltweite Transformation hin zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu fördern.

Ein negativer Effekt dieser Maßnahme ist jedoch, dass steigende Kosten für importierte Rohstoffe auch die Lieferketten beeinflussen und letztendlich die Kosten für alle beteiligten Stakeholder erhöhen.

Angesichts der hohen Kosten, die durch die genannten Reformen entstehen, sieht das „Fit for 55“-Paket den Sozialen Klimafonds (Social Climate Fund – SCF) vor. Dieses

Finanzierungsinstrument zielt darauf ab, die Auswirkungen der grünen Transformation abzumildern, insbesondere für vulnerable Haushalte, Kleinunternehmen und Verkehrsteilnehmer, die von den neuen Klimapolitiken betroffen sind.

Da die im Europäischen Grünen Deal und Fit for 55 vorgestellten Maßnahmen einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft der Europäischen Union haben, werden alle Akteure dieser Wirtschaft den Wandel spüren. Die steigenden Kosten, insbesondere für Energie und Kraftstoffe, werden ein bereits bestehendes Problem – die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten – weiter verschärfen.

Da der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft nicht alle sozialen Gruppen gleichermaßen betrifft und einkommensschwache Haushalte sowie Kleinunternehmen über weniger Ressourcen verfügen, um die steigenden Kosten zu bewältigen, wurde ein entsprechender Fonds eingerichtet. Dieser wird aus den Einnahmen des neuen ETS-Systems finanziert, das auf den Gebäudesektor und den Straßenverkehr angewendet wird. Konkret werden 25 % der Einnahmen aus dem Verkauf von Emissionszertifikaten in diesen Fonds fließen, um betroffene Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Das Programm startet 2026 und läuft bis 2032. Es umfasst zwei Hauptmaßnahmen: Direkte finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Haushalte und Kleinunternehmen durch Subventionen, finanzielle Hilfen, Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr, Unterstützung für Menschen in ländlichen Gebieten usw. Investitionen in Energieeffizienz und nachhaltige Lösungen durch Gebäudesanierungsprogramme, Subventionen und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und andere Akteure. Wie oben dargestellt, sind die Vorteile eines solchen Finanzinstruments offensichtlich. Allerdings gibt es auch Herausforderungen bei der Umsetzung des Sozialen Klimafonds, etwa den Zugang zu den Mitteln, Bürokratie und Transparenz, sowie die öffentliche Bildung und Information.

4.2 Anpassung des Arbeitsmarktes und Investitionen in grüne Technologien

Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft bringt zahlreiche Veränderungen in vielen Schlüsselbereichen mit sich. Seit der Einführung des Europäischen Grünen Deals gab es nicht nur gesetzliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen, sondern auch eine Transformation des Arbeitsmarktes. Während in bestimmten Bereichen neue Chancen entstehen, stehen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichzeitig vor neuen Herausforderungen.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Anpassung der Arbeitskräfte entscheidend für den Erfolg der europäischen Strategie. Dies erfordert jedoch Investitionen in Bereiche wie Bildung, Umschulung und nachhaltige Technologien.

Die Umstrukturierung der Wirtschaftssektoren stellt insbesondere für Arbeitnehmer und Arbeitgeber in umweltschädlichen Industrien eine Herausforderung dar. Es sind Veränderungen in der traditionellen Berufsstruktur notwendig, um neue, auf die grüne Transformation und Nachhaltigkeit ausgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen.

Auf der einen Seite besteht ein unvermeidbares Risiko darin, dass in traditionellen Industrien wie der Kohle-, Öl- und Gasbranche zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen. Auch Sektoren wie Bauwesen und Automobilproduktion müssen aufgrund neuer EU-Vorgaben (z. B. durch Fit for 55) ihre Arbeitskräfte umschulen, um sich an den europäischen Markt anzupassen – beispielsweise durch die Umstellung auf die Produktion von Elektrofahrzeugen oder durch eine stärkere Fokussierung auf ökologische Materialien und nachhaltige Arbeitsmethoden.

Auf der anderen Seite sind neue Arbeitsplätze im Bereich der Nachhaltigkeit zwingend erforderlich, um die von der EU vorgegebenen Ziele zu erreichen und die grüne Wirtschaft voranzutreiben. Einige zentrale Wachstumsbereiche für neue Jobs sind:

- Energiesektor: Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert die Installation und Wartung von Solar- und Windkraftanlagen sowie Wasserstoffinfrastruktur, was tausende neue Arbeitsplätze in Europa schaffen wird.
- Transportsektor: Die Entwicklung von Elektrofahrzeugen und umweltfreundlichen Verkehrssystemen benötigt Ingenieure und Mobilitätsexperten.
- Recycling- und Kreislaufwirtschaft: Die Sammlung und Verarbeitung recycelbarer Materialien wird zur Priorität und schafft neue Arbeitsplätze in der Abfallwirtschaft.
- Beratung zur Umweltgesetzgebung: Unternehmen benötigen Fachleute, die sie in Bezug auf Umweltauflagen und nachhaltige Geschäftsmodelle beraten.

Diese Veränderungen erfordern erhebliche Investitionen, insbesondere von Arbeitgebern in umweltschädlichen Industrien. Um den neuen Arbeitsmarktanforderungen gerecht zu werden, müssen Regierungen und Unternehmen in Aus- und Weiterbildungsprogramme investieren. Beispielsweise ist die Entwicklung neuer „grüner Kompetenzen“ durch spezialisierte Schulungen in Bereichen wie erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft oder ökologische Landwirtschaft essenziell. Universitäten sollten ihre Lehrpläne anpassen, indem sie Nachhaltigkeit in ihre Studiengänge integrieren und Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Industrie aufbauen, um Fachkräfte für die entstehenden grünen Berufsfelder auszubilden.

Investitionen in grüne Technologien: Grüne Technologien sind der Motor der wirtschaftlichen Transformation und einer der wichtigsten Pfeiler des Europäischen Grünen Deals. Daher sind Investitionen in Lösungen, die Emissionen reduzieren und die Ressourcennutzung optimieren, von zentraler Bedeutung.

Zu den wichtigsten Investitionsbereiche gehören:

Erneuerbare Energien: Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen muss verringert werden. Die EU setzt daher verstärkt auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Unternehmen investieren massiv in Technologien wie:

- Solarmodule, die für ihre Effizienz und Kosteneffektivität bekannt sind,
- Windkraftanlagen, die je nach geografischen Gegebenheiten auch als Offshore-Windparks realisiert werden,
- Grünen Wasserstoff, der als zukünftige Energiequelle für Industrie und Verkehr gilt.
- Digitalisierung und Automatisierung der Industrie: Technologien wie Künstliche Intelligenz und Big Data helfen, den Energieverbrauch zu optimieren. Die Automatisierung von Produktionsprozessen steigert die Effizienz und reduziert Abfallmengen, während neue Speichertechnologien (z. B. leistungsstarke Batterien) erneuerbare Energien langfristig nutzbar machen.
- Forschung und Entwicklung nachhaltiger Materialien: Die Bau- und Produktionsbranche konzentriert sich zunehmend auf umweltfreundliche Materialien wie CO₂-reduzierten Beton, biologisch abbaubare und recycelbare Stoffe sowie Nanotechnologien zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden.

Diese Investitionen treiben die grüne Wirtschaft voran und fördern Innovationen in verschiedenen Bereichen, um nachhaltigere Alternativen zu schaffen.

Um diese Transformation zu unterstützen, sind jedoch weitere Finanzierungsinstrumente erforderlich. Daher hat die EU erhebliche Mittel für grüne Projekte bereitgestellt, darunter:

- Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund): Unterstützt Regionen, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind, beim Übergang zu nachhaltigen Industrien.
- Programm „InvestEU“: Fördert kleine und mittlere Unternehmen, die grüne und innovative Lösungen entwickeln.
- Europäischer Innovationsfonds: Finanziert Forschung in Bereichen wie grüner Wasserstoff, CO₂-Abscheidung und Energieeffizienz.
- Umweltsteuern und Subventionen: Die EU fördert Unternehmen, die in nachhaltige Technologien investieren, durch Steuererleichterungen und Subventionen.

Die Transformation des Arbeitsmarktes und Investitionen in grüne Technologien sind zentrale Elemente des Europäischen Grünen Deals. Die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten ist entscheidend, um eine funktionierende Wirtschaft aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Klimaziele der Union zu erreichen.

5. Schlussfolgerung

Der Green Deal ist mehr als nur eine Strategie zur Bewältigung aktueller Krisen – er ist ein klares Bekenntnis der Europäischen Union zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Zukunft. Durch innovative Maßnahmen und kohärente Politiken gelingt es der EU, wirtschaftliches Wachstum mit Umweltschutz zu verbinden und zu zeigen, dass der ökologische Wandel nicht nur notwendig, sondern auch eine große Chance für die Entwicklung ist. Diese Initiative spiegelt die Vision eines Europas wider, das bereit ist, eine globale Führungsrolle in der grünen Transformation zu übernehmen und ein Entwicklungsmodell zu bieten, das wirtschaftlichen Fortschritt und Umweltverantwortung in Einklang bringt.

Der Erfolg des Green Deals hängt von einer engen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, kontinuierlichen Investitionen in grüne Technologien und der Fähigkeit ab, öffentliche Politiken an neue wirtschaftliche und klimatische Herausforderungen anzupassen. Seine Umsetzung ist nicht frei von Schwierigkeiten, doch das langfristige Engagement und die finanziellen Unterstützungsmechanismen schaffen die notwendige Grundlage für einen fairen und nachhaltigen Übergang.

In einer Zeit, die von Instabilität und raschen Veränderungen geprägt ist, zeigt der Green Deal, dass proaktives Leadership und strategische Vision Krisen in Chancen verwandeln können. Diese Initiative ist nicht nur eine Lösung für aktuelle Probleme, sondern auch ein klares Beispiel für ein adaptives Führungsmodell, das Europa in eine ausgewogenere, widerstandsfähigere und nachhaltigere Zukunft lenkt.

Durch die Integration klimatischer Ziele in wirtschaftliche und soziale Politiken definiert die Europäische Union das Modell nachhaltiger Entwicklung neu und setzt einen Präzedenzfall für andere Regionen der Welt. Der Green Deal unterstützt nicht nur die Energiewende und die Reduzierung von CO₂-Emissionen, sondern bietet auch einen Rahmen für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und europäische Solidarität. Diese Strategie beweist, dass Wandel durch Vision, Zusammenarbeit und konkrete Maßnahmen gesteuert werden kann, und festigt Europas Position als globale Führungsmacht im Zeitalter der Nachhaltigkeit.

6. Methodik

Diese Untersuchung basiert auf einer qualitativen Analyse relevanter Primär- und Sekundärquellen. Dabei wurden offizielle Dokumente der Europäischen Union, wissenschaftliche Publikationen und Berichte von Umweltorganisationen analysiert, um die Reaktionen der EU auf Krisensituationen im Zusammenhang mit dem Green Deal zu bewerten. Zudem wurden politische Erklärungen und Gesetze hinsichtlich ihrer Umsetzung und Wirksamkeit untersucht. Ein Vergleich der verschiedenen politischen Maßnahmen sowie deren Auswirkungen ermöglichte eine umfassende Bewertung der EU-Strategien zur Bekämpfung der Klimakrise.

7. Ergebnisse und Diskussion

Die Analyse zeigt, dass die Europäische Union eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen hat, um den Green Deal als Antwort auf klimabedingte Krisensituationen zu implementieren. Die folgende Tabelle fasst die wichtigsten Maßnahmen und deren Auswirkungen zusammen:

Maßnahme	Zielsetzung	Wirkung
Emissionshandelssystem (ETS)	Reduktion von CO ₂ -Emissionen durch Zertifikathandel	Senkung der Emissionen in der Industrie
Investitionen in erneuerbare Energien	Förderung nachhaltiger Energiequellen	Erhöhter Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix
Nachhaltige Mobilitätsstrategien	Reduzierung des CO ₂ -Ausstoßes im Verkehrssektor	Ausbau der Elektromobilität und Schienenverkehr
Kreislaufwirtschaft	Effizientere Nutzung von Ressourcen	Verringerung von Abfall und Recyclingförderung
Umweltfreundliche Subventionen	Förderung nachhaltiger Technologien	Anreize für Unternehmen zur Umstellung auf grüne Technologien

Die Untersuchung zeigt, dass der Green Deal grundsätzlich positive Effekte auf Umwelt- und Klimaschutz hat. Allerdings bestehen weiterhin Herausforderungen, insbesondere in der praktischen Umsetzung und Finanzierung dieser Maßnahmen. Die Notwendigkeit einer besseren Koordination zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie einer verstärkten Einbindung der Industrie und Zivilgesellschaft bleibt ein zentrales Thema für den Erfolg der nachhaltigen Transformation.

Bibliographie

Parlamentul European. *Schimbări climatice: gazele cu efect de seră ce cauzează încălzirea globală*. Abgerufen am 05. März 2025, von <https://www.europarl.europa.eu/topics/ro/article/20230316STO77629/gazele-cu-efect-de-sera-ce-cauzeaza-incalzirea-globala>

Parlamentul European. *Economia circulară: definiție, importanță și beneficii*. Abgerufen am 05. März 2025, von <https://www.europarl.europa.eu/topics/ro/article/20151201STO05603/economia-circulara-definitie-importanta-si-beneficii>

Parlamentul European. *Fișe descriptive despre Uniunea Europeană*. Abgerufen am 05. März 2025, von <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/ro/sheet/214/fondul-pentru-o-tranzitie-justa>

EUR-Lex. *Access to European Union law („Legea europeană a climei“)*. Abgerufen am 10. März 2025, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/RO/TXT/?uri=CELEX:32021R1119>

EUR-Lex. *Access to European Union law (Regulamentul (UE) 2020/852 al Parlamentului European și al Consiliului din 18 iunie 2020 privind instituirea unui cadru care să faciliteze investițiile durabile și de modificare a Regulamentului (UE) 2019/2088 (Text cu relevanță pentru SEE))*. Abgerufen am 10. März 2025, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/RO/ALL/?uri=CELEX:32020R0852>

EUR-Lex. *Access to European Union law (Programul InvestEU (2021-2027))*. Abgerufen am 12. März 2025, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/RO/TXT/?uri=CELEX:32021R1119>

Consiliul Uniunii Europene. *Climă*. Abgerufen am 15. März 2025, von <https://www.consilium.europa.eu/ro/topics/climate/>

Consiliul Uniunii Europene. *Acordul de la Paris privind schimbările climatice*. Abgerufen am 15. März 2025, von <https://www.consilium.europa.eu/ro/policies/paris-agreement-climate/>

Consiliul Uniunii Europene. *Pregătiți pentru 55*. Abgerufen am 20. März 2025, von <https://www.consilium.europa.eu/ro/policies/fit-for-55/>

European Commission. *Global Climate Highlights 2024*. Abgerufen am 22. März 2025, von <https://climate.copernicus.eu/global-climate-highlights-2024#:~:text=2024%20had%20a%20global%20average,exceed%201.5%20above%20that%20level>

Council of the European Union. *5 facts about the EU's goal of climate neutrality*. Abgerufen am 25. März 2025, von <https://www.consilium.europa.eu/en/5-facts-eu-climate-neutrality/>

European Commission. *COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS*. Abgerufen am 25. März 2025, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020SC0176&from=RO>

European Commission. *Innovation Fund*. Abgerufen am 26. März 2025, von https://climate.ec.europa.eu/eu-action/eu-funding-climate-action/innovation-fund_en